

Einfuhrsyndikate oder Einfuhrbanken?

Von Dr. Edgar Landauer (Braunschweig).

Der nachstehende Vorschlag zu einer wichtigen Frage wird gewiß vielfaches Interesse finden. Als Anregung, die Erwägung verdient, sei er hier veröffentlicht. D. Red.

Der Gedanke, für die Rohstoffeinfuhr den Handel auszuhalten und an seiner Stelle mit Monopolrechten ausgestattete Einfuhrsyndikate zu schaffen, hätte vor dem Kriege wenig Anhänger gefunden. Von jeher war der Begriff des Einfuhrhandels mit freier Beweglichkeit, ungebundener Unternehmungslust und schneller Entschluß- und Anpassungsfähigkeit verbunden. Die Zahl von Gesellschaftsunternehmen war gering, Kartell- oder Trustbildungen erschienen ausgeschlossen. Auch hier hat der Krieg zum Umlernen gezwungen. Durch die Absperrung unserer Zufuhr, durch die Veränderung in den Grundlagen unserer Zahlungsbilanz und durch die Notwendigkeit, zunächst die im Lande befindlichen oder erzeugbaren Rohstoffe zur dringenden Bedarfsdeckung heranzuziehen, wurde es bald nach Kriegsausbruch nötig, den schon ohnehin gelähmten Einfuhrhandel weiter zu beschränken. In fast allen Zweigen des Rohstoffhandels wurden bekanntlich unter Führung und Beteiligung des Reiches Kriegsgesellschaften gegründet, die entweder das Einfuhrmonopol erhielten oder an die sämtliche eingeführten Rohstoffe abzuliefern sind.

Diese Kriegs-Rohstoffgesellschaften können nicht sofort mit Friedensschluß liquidieren. Sie werden für die Zeit der Uebergangswirtschaft bestehen bleiben und ihr Monopolrecht behalten müssen. Auch wenn mit Friedensschluß der Wirtschaftskrieg sein Ende findet, wird unsere Wareneinfuhr in der ersten Friedenszeit nur klein sein, unser Rohstoffbedarf aber sehr groß. Die Bilanzierung unserer Zahlungsbilanz erfordert es dann, daß zunächst nur das Allernotwendigste gekauft wird. Eine wirksame Kontrolle in dieser Hinsicht ist aber nur möglich, wenn die Einfuhr streng zentralisiert bleibt. Zudem haben die Kriegsgesellschaften im Laufe des Krieges im neutralen Ausland zum Teil erhebliche Posten Rohstoffe gekauft, die erst nach Friedensschluß geliefert werden können. Diese Käufe müssen naturgemäß den ersten Bedarf decken. Endlich sind wir heute, teilweise ohne Rücksicht auf die Kosten, Anlagen zur Gewinnung oder Erzeugung bisher vom Auslande eingeführter Rohstoffe geschaffen. Die so gewonnenen Rohstoffe werden, schon im Interesse der Währung, zunächst weiter verarbeitet werden müssen, auch wenn sie teurer sind als dann eingeführte Rohstoffe. Es liegt deshalb nicht im Interesse einer gesunden Entwicklung, daß sich mit Friedensschluß sofort der Einfuhrhandel nach rein kommerziellen Gesichtspunkten wieder betätigen kann.

Die Uebergangswirtschaft soll unsere wirtschaftliche Entwicklung so schnell wie möglich wieder in gesunde Geleise bringen. Zahlreiche Wirtschaftspolitiker und weite Kreise unserer Industrie verlangen auch für die Friedenswirtschaft, die Zeit nach der Uebergangswirtschaft, die Ausschaltung des Handels bei der Rohstoffeinfuhr und die dauernde Monopolisierung des Rohstoffhandels. Sie streben die Umwandlung der im Kriege entstandenen Rohstoffgesellschaften in Einfuhrsyndikate. Die die in Frage kommenden Rohstoffe verarbeitende Industrie soll nötigenfalls zwangsweise zur Errichtung gemeinsamer Einkaufszentralen zusammengeschlossen werden. Die Einfuhrsyndikate sollen an die Industrie zu Einkaufspreisen zugänglich eines festen Spesenzuschlages abgeben, sich selbst nicht als Erwerbsgesellschaften betätigen. Sie sollen ferner gehalten sein, für den Fall neuer Absperrungsversuche größere Reservervorräte zu halten. Das Interesse des Reiches soll durch Reichskommissare vertreten sein, eventuelle Gewinne sollen dem Reiche zufließen. Als Gründe für die Notwendigkeit der Syndizierung und Monopolisierung der Einfuhr wird angeführt:

1. Die bisherige Organisation der Einfuhr hat im Kriege insofern versagt, als sie nicht für ausreichende Kriegesreserven gesorgt hat. Dies ist auch bei einem freien Einfuhrhandel, der an den Kosten sparen und jeden Verlust vermeiden muß, nicht möglich. Wir müssen uns für die Zukunft, solange die Freiheit der Meere nicht für alle Fälle gewährleistet werden kann, gegen jede neue Unterbrechung der Zufuhr sichern.

2. Die bisherige Art der Rohstoffeinfuhr beruhte auf dem rein kommerziellen Interesse des Handels. Die Interessen der Industrie waren dabei nicht immer voll gewährleistet.

3. Von Finanzkreisen wird ausgeführt, daß für absehbare Zeit ein günstiger Wechselkurs nur erreicht werden kann, wenn die Einfuhr in enger Fühlungnahme mit der Leitung

unserer Diskontpolitik bleibt. Auch hierfür sei eine dauernde Zentralisierung der Einfuhr wünschenswert.

4. Endlich wird verschiedentlich angeführt, daß die große Zahl von Käufern, bei freier Betätigung des Handels, die Preise auf den überseeischen Märkten in die Höhe treibe. Einfuhrzentralen würden daher vielfach billiger kaufen können.

Diesen Gründen, die für die Syndizierung der Einfuhr geltend gemacht werden, stehen nicht nur vom Standpunkt des in seiner Existenz bedrohten Einfuhrhandels, sondern auch vom allgemeinen Konsumentenstandpunkte aus schwere Bedenken gegenüber.

1. Es ist durchaus nicht immer zutreffend, daß die Zentralisierung des Einkaufes diesen verbilligt. Zunächst arbeitet schon der Apparat eines großen Syndikates teurer als der an möglichst großer Kostenersparnis interessierte Handel. Dann aber ist der im Verkauf durch den Wettbewerb gedrückte Händler viel mehr zur Erkundung und Ausnutzung aller Marktvorteile genötigt, als ein Syndikat, das seine Konkurrenz zu fürchten hat.

2. Der bürokratische Apparat eines Syndikates arbeitet nicht nur teurer, er arbeitet auch schwerfälliger als die Handelsunternehmen. Das bedeutet, daß er Konjunkturschwankungen nicht schnell genug ausnützen kann. Die Höhe des durch die Zentralisation potenzierten Risikos erfordert andere Gesichtspunkte beim Einkauf, als sie im allgemeinen der Kauf auf überseeischen Märkten und von der Spekulation stark unterworfenen Rohstoffen verlangt. Bei einer großen Zahl von Käufern gleichen sich die Fehler der Einzelnen aus, Fehler des entscheidenden Beamten eines Einfuhrsyndikates können sehr verhängnisvoll werden.

3. Der Handel kann sich leichter durch Gegenpekulationen decken, das Einfuhrsyndikat muß das Spekulationsrisiko nach Möglichkeit auf seine Abnehmer (die Industrie) abwälzen. Auch dies ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus ein Nachteil.

4. Die Wahrung des Allgemeininteresses wird durch Einfuhrsyndikate durchaus nicht gesichert, im Gegenteil besteht eine große Gefahr, daß bei dem Syndikat bestimmte Industriezweige besonderen Einfluß gewinnen. Die hauptsächlich interessierte Industrie wird Nebenindustrien zurücklegen. Die erste Produktionsstufe wird gegenüber den folgenden eine gefährliche Macht bekommen. Wenn auch das Einfuhrmonopol ohne Gewinninteresse arbeitet, so wird die erste Produktionsstufe das ihr dazugehörige Monopol auszunützen suchen.

5. Einfuhrsyndikate können nur das Inland und eventuell daran angeschlossene Märkte versorgen. Der Transithandel in Rohstoffen wird damit fast unmöglich. Es liegt aber zweifellos in unserem Interesse, daß unsere Nordseehäfen nach Möglichkeit den englischen Rohstoffhandel für das europäische Festland abgeben. Gerade im Interesse unserer Zahlungsbilanz wäre dies sehr wünschenswert. Die Entwicklung des Transithandels ist nur bei Stärkung, nicht bei Ausschaltung des Importhandels möglich.

Die Nachteile, welche die Schaffung von Einfuhrsyndikaten mit Monopolrechten mit sich bringen würde, müßten in Kauf genommen werden, wenn nicht auf anderem Wege die Sicherung unserer Rohstoffversorgung gegen neue Absperrungsversuche möglich wäre. Für die Verbindung einer wirksamen Vertretung des Staats- und Allgemeininteresses mit den Vorteilen der freien Entfaltung der Handels-Intelligenz bietet die Organisation unseres Bankwesens ein gutes Vorbild. Auch für die Rohstoffeinfuhr ist eine ähnliche Organisation möglich. Die Umwandlung der Kriegs-Rohstoffgesellschaften in Einfuhrsyndikate schaltet den Einfuhrhandel vollständig aus und monopolisiert die Einfuhr. Beides wird vermieden, wenn die Kriegs-Rohstoffgesellschaften späterhin in Rohstoff-Einfuhrbanken umgebildet werden, nach dem Vorbilde der Reichsbank. Diese Einfuhrbanken, man würde sie vielleicht „Reichsbauwollbank“ usw. nennen, würden etwa wie folgt aussehen:

1. Das Kapital wird unter Heranziehung des Privatkapitals aufgebracht. Eventuell Verzinsungsgarantie durch das Reich, jedenfalls Gewinnanteil des Reiches. Die Beamten werden vom Reiche ernannt.

2. Die Banken würden neben dem Handel den Rohstoffhandel besorgen. Sie kaufen, allerdings häufig nach anderen Gesichtspunkten, auf den überseeischen Märkten oder auch von den inländischen Händlern und verkaufen an Industrie und Handel.

3. Dabei werden die Einfuhrbanken für die Schaffung großer Reserven Sorge tragen. Zweckmäßigerweise wird die Größe des Reservelagers nicht scharf begrenzt, sondern innerhalb eines gewissen Spielraumes dem Ermessen der Leitung überlassen. Dadurch würde der Markt eine gute Stärkung gegenüber den Spekulationen der überseeischen Börsen erhalten. Dadurch daß zu gegebener Zeit von den Reserven abgegeben werden kann, zu anderer Zeit das Reservelager vergrößert wird, kann eine größere Gleichmäßigkeit in den Preisen erzielt werden. Es genügt auf die großen Schäden

hinzuweisen, die die heftigen Preisschwankungen der Baumwolle dem deutschen Wirtschaftsleben gebracht haben.

4. Um den Banken die Macht zu geben, auf den Handel im Sinne des Reichs- oder Allgemeininteresses einzuwirken, würden sie das Monopol für die Bevorschussung schwimmender oder lagernder Rohstoffsendungen bekommen müssen. Dadurch kann eine notwendig werdende Einschränkung oder Steigerung der Einfuhr leicht nach einheitlichen Gesichtspunkten bewirkt werden.

5. Die Banken müßten auf die einzelnen Rohstoffzweige spezialisiert sein. Sie der einzelnen Banken müßten die Haupthandelsmärkte der betreffenden Rohstoffe sein, damit eine ständige Fühlungnahme mit den Börsen und dem Einfuhrhandel möglich ist. Die einzelnen Banken würden dann wiederum in einer Zentrale zusammenzuschließen sein. Diese Zentrale könnte eine Abteilung der Reichsbank sein. Auf diese Weise würde auch eine enge Fühlungnahme unserer Diskontpolitik mit der Einfuhrpolitik gewährleistet.

Eine derartige Organisation der Einfuhr würde die meisten Bedenken, die gegen die bisherige Art der Rohstoffversorgung bestehen, beseitigen, ebenso aber auch die Bedenken, die den Einfuhrsyndikaten gegenüberstehen. Der Handel würde sich nicht nur weiter betätigen können, er würde auch eine Stärkung erfahren. Die Preisschwankungen der Rohstoffe würden gemindert, der Spekulation fremder Märkte würde der Einfluß auf unseren Markt zum großen Teil genommen. Der Transithandel würde sich weiter entwickeln können. Hierdurch würden unsere Reserven für den Fall einer neuen Absperrung weiter vergrößert, ohne daß der inländische Markt hierfür die Kosten trägt. Vor allem wird die Gefahr der Monopolisierung wichtiger, bisher nicht monopolisierter Konsumartikel genommen.

Für die Organisation der Einfuhr sind nicht wirtschaftspolitische Ideale maßgebend, sondern Zweckmäßigkeiten im Hinblick auf die gesunde Entwicklung unserer Volkswirtschaft. Um diese Entwicklung nach dem Kriege zu ermöglichen, ist es notwendig, daß in dem Wirtschaftsorganismus jedem einzelnen Teile die Funktionen übertragen werden, für die er besonders geeignet ist. Das ist ein wesentliches Problem für die Neuordnung unseres Wirtschaftslebens und daraus ergibt sich auch jeweils die Stellung zur Frage der Ausschaltung des Handels.